

19.29

**Abgeordneter Gabriel Obernosterer** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Galerie und zu Hause vor den Fernsehschirmen! Punkt 7, das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz – es wurde schon viel darüber gesagt. Es sollte einfach Rechtssicherheit und gleiche Bedingungen für heimische und auswärtige Unternehmen, die hier bei uns arbeiten, geben, und es kommt im Grunde genommen mit dem gesamten Paket sicherlich zu einer Verbesserung hinsichtlich der Konkurrenzsituation mit Firmen, die über die Grenzen nach Österreich hereinarbeiten.

Zu Tagesordnungspunkt 10, dem Antrag der Grünen: Frau Kollegin Schatz, Sie beantragen, dass verstärkte Lohnkontrollen stattfinden sollen, um dem Lohn- und Sozialdumping Herr zu werden, und damit verbunden auch eine personelle Aufstockung der Finanzpolizei. Weil Sie an uns, die ÖVP, die Bitte gerichtet haben, beim Finanzminister mit darauf hinzuwirken, den Personalstand aufzustocken, damit es mehr Prüfer gibt, sage ich Ihnen wirklich aus der Praxis als Unternehmer: Prüfer hat dieser Staat, hat dieses Land mehr als genug! *(Beifall bei der ÖVP, bei Abgeordneten der NEOS sowie der Abg. Dietrich.)*

Die Frage ist: Wo werden sie eingesetzt? Ich weiß nicht, ob es gescheit ist, dass bei Ein-Personen-Unternehmen mit einem Umsatz von 50 000, 100 000 oder 150 000 € die Prüfer drei Mal im Jahr ein und aus gehen. Prüfen soll man dort, wo wirklich Missbrauch betrieben wird! Was ist zum Beispiel – weil wir uns gerade damit befassen – mit den Firmen, die über die Grenzen hereinarbeiten und unsere Firmen unterbieten? Da hat man eben die Prüfer von den vorhin angesprochenen Kleinunternehmen abzuziehen und schwerpunktmäßig in diesem Bereich einzusetzen! Gegen eine Aufstockung sind wir ganz klar. Kontrolle muss sein, das ist keine Frage, aber Prüfer haben wir bis da her *(der Redner macht eine entsprechende Geste)* genug. Die Frage ist, wo sie eingesetzt werden. Sie müssen dort eingesetzt werden, wo der größte Missbrauch – Arbeitnehmer, Arbeitgeber – betrieben wird. Dann ist ihr Einsatz auch richtig – und ich glaube, dafür brauchen wir nicht mehr Prüfer. Ansonsten bin ich Ihrer Meinung, dass man sie dort natürlich auch einsetzen soll.

Herr Bundesminister, wir haben letzte Woche am Ende der Sozialausschusssitzung über ein schon lange diskutiertes Thema noch ein Vieraugengespräch geführt, damit wir noch vor dem Sommer in die Umsetzung kommen, was die freiwillige Mithilfe der engsten Familienangehörigen im Familienbetrieb betrifft. *(Abg. Peter Wurm – demonstrativen Beifall spendend –: Nach zwei Jahren wird es einmal Zeit! Nach zwei*

*Jahren!*) – Ich muss eines sagen, Herr Kollege von der Freiheitlichen Partei: Ich würde an Ihrer Stelle nicht so laut reden, denn wenn wir Ihren Antrag angenommen hätten, würden wir mit diesem Gesetz von vorne anfangen.

Das Sozialministerium, das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium und die Fraktionen von SPÖ und ÖVP sind sich einig, und wir haben euer aller Unterstützung für dieses Gesetz oder zumindest dieses Merkblatt gehabt, was die Rechtssicherheit für die Familienbetriebe betrifft, dass, wenn Not am Mann ist, die Kinder, Eltern, Großeltern einspringen können, sofern sie entweder in Ausbildung, in einem ordentlichen Arbeitsverhältnis oder in Pension sind. Es fehlen nur noch zwei Kleinigkeiten – Herr Bundesminister, danke auch für die Unterstützung! –, und wir müssen unseren Betrieben diese Rechtssicherheit noch vor dem Sommer geben, weil ich glaube, dass das ganz wichtig ist.

Und ich sage es hier von diesem Rednerpult aus: Ich werde aus diesem Hohen Haus in meiner Funktion nicht hinausgehen (*Abg. Karlsböck: Das entscheidet der Wähler!*), bevor wir diese Rechtssicherheit für die Betriebe haben. Vor dem Sommer werden wir das machen (*Abg. Peter Wurm: Ist das ein Versprechen jetzt? Ein Versprechen? Garantiert?*), Herr Bundesminister, ich glaube, da sind wir uns einig. – Danke vielmals. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Karlsböck: Das entscheidet der Wähler!*)

19.33

**Präsident Ing. Norbert Hofer:** Zu Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Mag. Loacker. – Bitte.